

Hinweis: Die ursprüngliche Sprachfassung dieser Seite [en](#) wurde unlängst geändert. Die Sprachfassung, die Sie ausgewählt haben, wird gerade von unserer Übersetzungsabteilung erstellt.

Englisch

Swipe to change

Mediation in den Mitgliedstaaten

Irland

An welche Stelle kann man sich wenden?

In Irland gibt es keine zentrale staatliche Behörde, die für die Erbringung von Mediationsleistungen verantwortlich wäre.

In welchen Bereichen ist Mediation zulässig und/oder besonders verbreitet?

Die Mediation kommt am häufigsten zum Einsatz bei Verfahren wegen Körperverletzung, bei familienrechtlichen und bei wirtschaftsrechtlichen Verfahren sowie bei Beschwerden wegen Ungleichbehandlung nach Maßgabe der Gleichstellungsvorschriften.

Sind besondere Vorschriften zu beachten?

Verfahren wegen Körperverletzung

Die Inanspruchnahme der Mediation geschieht grundsätzlich auf freiwilliger Basis. Das Mediationsverfahren wird durch die Paragraphen 15 und 16 des Civil Liability and Courts Act, 2004 (Gerichtsgesetz und Gesetz über die zivilrechtliche Haftung aus dem Jahr 2004) geregelt. Durch Paragraph 15 wird das Konzept der Mediations Sitzung eingeführt, demzufolge das zuständige Gericht im Rahmen von Verfahren wegen Körperverletzung anordnen kann, dass sich die Parteien zum gegenseitigen Austausch treffen und sich so um eine außergerichtliche Streitbeilegung bemühen. Kommt eine Partei einer derartigen gerichtlichen Anordnung nicht nach, kann das Gericht dieser Partei die Folgekosten auferlegen.

Unter bestimmten Voraussetzungen kann der Mediator in einem derartigen Fall eine Person sein, die von einem Organ ernannt wurde, „das auf Anweisung des Ministeriums für Justiz, Gleichberechtigung und Rechtsreform für die Zwecke dieses Paragraphen vorgesehen ist“.

Weitere Informationen können über die folgenden Verknüpfungen abgerufen werden:

[Civil Liability and Courts Act 2004 \(Bodies Prescribed under Section 15\) Order 2005](#) und

[Civil Liability and Courts Act 2004 \(Bodies Prescribed under Section 15\) \(No. 2\) Order 2005](#).

Familienrecht

Im Bereich des Familienrechts verlangt es eine ganze Reihe von Gesetzen, dass die rechtlichen Vertreter der Parteien bei Beantragung der Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft oder im Rahmen eines Scheidungsverfahrens mit dem Antragsteller oder gegebenenfalls dem Antragsgegner die Möglichkeit der Inanspruchnahme eines Mediationsverfahrens erörtern. Dadurch soll erreicht werden, dass die eheliche Gemeinschaft im gegenseitigen Einvernehmen der Eheleute aufgehoben beziehungsweise die Ehe gütlich geschieden wird. Die Anwälte der Parteien sind verpflichtet, ihren Mandanten Namen und Adressen von Personen zur Verfügung zu stellen, die zur Erbringung von Mediationsleistungen für einander entfremdete Paare befähigt sind. Darüber hinaus müssen die Parteienvertreter dem Gericht bestätigen, dass diese Vorschrift erfüllt wurde. Wird dieser Nachweis nicht erbracht, kann das Gericht die Verhandlung um den Zeitraum vertagen, den es für die Durchführung eines derartigen Aufklärungsgesprächs seitens des rechtlichen Vertreters für notwendig erachtet.

Von der Internetseite der [Family Support Agency](#) und des [Family Mediation Service](#) können weitere Informationen abgerufen werden.

Wirtschaftsrecht

Bei der Verhandlung wirtschaftsrechtlicher Streitigkeiten kann der Richter nach Maßgabe von Order 63 A der [Rules of the Superior Courts](#) (Commercial Proceedings), 2004 (Verfahrensregel 63 A der Verfahrensordnung für die Obergerichte [wirtschaftsrechtliche Verfahren] aus dem Jahr 2004) auf Antrag einer der Parteien oder aufgrund seines eigenen Ermessens anordnen, dass „das Verfahren oder jeder strittige Punkt eines Verfahrens um den Zeitraum vertagt wird, der 28 Tage nicht überschreiten darf und den der Richter für angemessen erachtet, um den Parteien die Möglichkeit einzuräumen, zu erörtern, ob das das Verfahren oder der betreffende Streitpunkt eines Verfahrens nicht an eine Mediations-, Schlichtungs- oder schiedsrichterliche Stelle verwiesen werden kann, und dass der Richter die Frist zur Erfüllung einer jedweden Bestimmung dieser Verfahrensordnung oder einer jedweden Anordnung des Gerichts verlängern kann, wenn zwischen den Parteien Einvernehmen darüber besteht, dass das betreffende Verfahren oder der jeweiligen Streitpunkt tatsächlich an eine derartige Stelle verwiesen werden kann“.

Gleichstellungsgesetz

Ausführliche Informationen über das Gleichstellungsgesetz sind der [Internetseite „Public Service Information – Citizens Information“](#) (Informationen über den öffentlichen Dienst – Bürgerinformationen) und der Webseite des [Equality Tribunal](#) zu entnehmen.

Information und Ausbildung

Die Ausbildung von Mediatoren ist im Allgemeinen keine Aufgabe des Staates. Allerdings obliegt die Ausbildung von Familienmediatoren der Family Support Agency (Amt für Familienförderung). Um für die Ausbildung zum Mediator zugelassen zu werden, müssen die Bewerber einen 60stündigen Basiskurs absolviert haben und dann ein strenges Auswahlverfahren durchlaufen.

Weitere Informationen sind der Internetseite der [Family Support Agency](#) zu entnehmen.

Wieviel kostet die Mediation?

Mediationsleistungen werden im Allgemeinen nicht unentgeltlich erbracht. Das Honorar eines privaten Mediators unterliegt der Vereinbarung zwischen ihm und den Parteien.

Beim [Family Mediation Service](#) und dem [Equality Tribunal](#) können Mediationsleistungen jedoch auf unentgeltlicher Basis in Anspruch genommen werden.

Sind Mediationsvereinbarungen vollstreckbar?

Da es sich bei der Mediationsvereinbarung um einen Vertrag handelt, ist sie vollstreckbar.

Letzte Aktualisierung: 11/12/2019

Die verschiedenen Sprachfassungen dieser Seite werden von den betreffenden Mitgliedstaaten verwaltet. Die Übersetzung wurde vom Übersetzungsdienst der Europäischen Kommission angefertigt. Es kann sein, dass Änderungen der zuständigen Behörden im Original in den Übersetzungen noch nicht berücksichtigt wurden. Die Kommission übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für Informationen, die dieses Dokument enthält oder auf die es verweist. Angaben zum Urheberrechtsschutz für EU-Websites sind dem rechtlichen Hinweis zu entnehmen.